



CSU-Ortsvorsitzender Siegfried Dengler (Mitte) überreichte an die beiden Abgeordneten MdB Karl Holmeier (2. v. rechts) und MdL Dr. Gerhard Hopp (2. von links) ein Präsent. Mit auf dem Bild sind auch Bürgermeister Alois Hamperl und seine Stellvertreterin Christina Wegmann.

## Umfassende Wende gefordert

MdL Dr. Gerhard Hopp und MdB Karl Holmeier zum Thema Flüchtlingskrise

**Rettenbach.** (dok) Die Zahl der Flüchtlinge, die 2015 nach Bayern und Deutschland kamen, hat alle Rekorde gebrochen. CSU-Ortsvorsitzender Siegfried Dengler konnte zum Diskussions- und Informationsabend über dieses brisante Thema die beiden Abgeordneten MdB Karl Holmeier und MdL Dr. Gerhard Hopp sowie Bürgermeister Alois Hamperl im Gasthaus Wagner „Zum Alten Wirt“ begrüßen.

Hamperl informierte, dass in Ebersroith derzeit neun und in Kastell Windsor 53 Asylbewerber untergebracht seien, darunter 19 unbegleitete Minderjährige und drei Berufstätige. In Ebersroith werden in den nächsten Tagen noch sechs Traker einziehen.

### Ehrenamtliche Betreuung

Die Betreuung erfolge durch ehrenamtliche Helfer und auch die Vereine seien aktiv mit eingebunden. Da der Landrat auf gerechte Verteilung im Landkreis dränge, sei er dankbar, dass private Anbieter Asylbewerber aufgenommen hätten. Inzwischen, so Hamperl, gebe es Förderungen für den sozialen Wohnungsbau in den Kommunen und auch der Bund sei nicht untätig gewesen und hat inzwischen schon drei Asypakete geschnürt.

MdB Karl Holmeier betonte, dass dieses Thema nur von Bund, Land und Kommune gemeinsam gelöst werden könne. „Aber warum ist es überhaupt so weit gekommen?“ Immer wieder würden Stimmen laut: „Ihr habt zu lange gewartet.“ Er blickte zurück auf den nun schon fünf Jahre andauernden Bürgerkrieg in Syrien, die Kriege in Irak und in Libyen. Nach den Vorfällen in Paris und Köln, sei die Stimmung bei den Menschen gekippt. „Wir Deutsche haben viel zu lange weggeschaut und müssen härter werden, um den Menschen in den Städten die Angst wieder zu nehmen“, betonte der Abgeordnete. Die derzeitige Phase sei extrem kritisch. „Wir werden heuer diese Zahl, die im letzten Jahr gekommen ist, nicht mehr aushalten“, so Holmeier.

### Wird die EU Bestand haben?

„Wir wissen nicht, ob es die EU in der Form, wie wir sie kennen, am Ende des Jahres noch geben wird“, betonte MdL Dr. Gerhard Hopp, denn es hätte noch nie so viele Konflikte gegeben wie jetzt. Die EU hätte in den großen Fragen viel zu lange weggeschaut. Seit dem 1. Januar seien zwischen 150000 und 170000 Flüchtlinge über die österreichisch-bayerische Grenze nach

Deutschland gekommen. Man müsse ganz klar deutlich machen, dass es so nicht weitergehen könne. Bayern habe den Zustrom der Flüchtlinge vorbildlich gemeistert. Als erstes Bundesland habe Bayern Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen für Asylbewerber aus dem Westbalkan eröffnet, seitdem sei die Zahl spürbar gesunken.

### Die Schleuser bekämpfen

Die EU müsse für die Sicherung der EU-Außengrenzen sorgen und die Schleuserkriminalität bekämpfen. Europa müsse sich solidarisch zeigen. Bayern habe einen Bundesratsantrag eingebracht, um die Liste der sicheren Herkunftsländer über die jetzigen Staaten hinaus zu erweitern. Die Einreise nach Deutschland solle nur mit gültigen Ausweispapieren möglich sein. Die CSU fordere eine umfassende Wende in der Flüchtlingspolitik.

Es komme, so Dr. Hopp, nicht nur darauf an, illegale Asylbewerber wieder schneller abzuschleppen. Vielmehr sollten nur noch schutzbedürftige Menschen überhaupt ins Land gelassen werden. Für diese braucht Deutschland jedoch ein Kontingent beziehungsweise eine Obergrenze, um eine Überlastung zu vermeiden.

## „Der Staat muss Zeichen setzen“

Abgeordnete stellen sich bei Infoabend Fragen der Bürger zur Asypolitik

Asyl- und Flüchtlingspolitik ist ein Thema, das die Menschen bewegt. Nach den ausführlichen Informationen der beiden Abgeordneten (siehe nebenstehenden Bericht) standen diese den Bürgern Rede und Antwort.

Es wurde gefragt, ob der Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes überhaupt noch Gültigkeit habe. Dies beantwortete MdB Karl Holmeier mit einem klaren Ja, auch wenn vieles, was gemacht worden sei, rechtlich nicht in Ordnung gewesen wäre, wie zum Beispiel, dass Hunderttausende nach Deutschland ohne Registrierung einreisen konnten. Aber die Bundeskanzlerin habe damals wirklich nur helfen wollen. Man müsse da viel härter werden, denn so, wie man letztes Jahr vorgegangen sei, halte dies das Land nicht aus, deshalb müsste man als Staat Zeichen setzen. Natürlich habe auch Merkel längst erfasst, dass man eine spürbare, gewaltige Verringerung der Flüchtlingszahlen brauche, aber ihr oberstes Ziel sei, Europa zu halten. „Man muss das Problem vielmehr dort lösen, wo es entsteht. Egal welchen Weg man gehe, man müsse versuchen, die Menschen vor Ort zu halten“, betonte Holmeier.

Ein weiterer Bürger hob diesbezüglich hervor: „Nur das „Wie“ sagt keiner“. Russland beispielsweise hätte niemand ernst genommen und sei in die Defensive gedrängt worden, obwohl man gemeinsam mit

Russland in Syrien schon längst hätte Frieden schaffen können. Hier hätten Amerika und Europa Fehler gemacht. Und Holmeier konstatierte, dass man ohne Russland die Probleme in der Welt nicht lösen könne.

Warum wollten denn 99 Prozent der Flüchtlinge nach Deutschland, doch deswegen weil die Sozialleistungen am höchsten seien, betonte ein Rettenbacher und bemängelte gleichzeitig die schlechten Straßen in der Gegend. Holmeier entgegnete, dass am 16. März der neue Verkehrswegeplan vorgestellt werde und die Mittel bis 2017 dafür entsprechend angehoben würden. Man habe in der Vergangenheit hier zu wenig getan, pflichtete Holmeier bei, aber man müsse das aktuelle Problem lösen, sonst breche die Gesellschaft zusammen. Dr. Hopp fügte hinzu, dass man nur durch die guten Rücklagen im Haushalt in der Lage sei, gerade für die jungen Flüchtlinge Lehrer für Sprachkurse einzustellen, damit diese später eine Chance auf eine Ausbildung hätten. Man fordere die Integration aber auch ein, sei es durch Schulbildung oder das Erlernen der Sprache.

Dem entgegnete Dr. Ludwig Wagner: „Was helfen Kurse, wenn niemand hingehet? So geht es auch nicht.“ Konrad Weinzierl fügte hinzu, dass es sicherlich wichtig sei, die Außengrenzen zu sichern, aber es seien Hunderttausende bei uns, die auch bleiben würden. Dies sei bestimmt ein großer Kraftakt, aber

eine Integration werde wohl nur mit dem Erlernen der Sprache gelingen. „Wenn Deutschland es nicht schafft, eine bessere Integration zu vermitteln, wird der soziale Sprengstoff sehr groß.“ „Eine Integration wird nur gelingen, wenn man der deutschen Sprache mächtig ist. Wenn jemand dazu nicht bereit ist, dann wird er wieder gehen müssen“, betonte Holmeier.

„Das oberste Ziel muss nach wie vor sein, dass ganz schnell viel weniger Flüchtlinge kommen“, wiederholte der Abgeordnete Dr. Hopp, „aber man kann nicht ignorieren, dass es 60 Millionen Flüchtlinge gibt.“ Abschotten sei jedoch keine Lösung, vielmehr müsse Europa mobilisiert werden.

„Wenn man bedenkt, dass von den 60 Millionen „nur“ ein bis zwei Millionen in Deutschland sind, dann ist das ein schier unendliches Problem“, konstatierte Rektor a. D. Albert Wagner. „Und genau darum werden wir das nur dann lösen, wenn wir in der Welt Änderungen schaffen und Gespräche zur Friedensfindung führen“, betonte Holmeier.

Dr. Hopp sagte, dass es darauf hinauslaufen werde, dass die EU mehr Mitgliedsstaaten brauche, denn in den großen Fragen sei sie zu klein und Karl Holmeier ergänzte, dass das Hauptargument von Bundeskanzlerin Angela Merkel sei, Europa als Stabilisator des Weltfriedens zu erhalten. -dok-